



### Presseschau vom 25.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.rt.com: **Zweiter Lockdown führt zu einer massiven Ausweitung von psychischen Belastungen und Depressionen**

Die Situation von Menschen mit diagnostizierter Depression verschlimmert sich im Lockdown dramatisch. Ulrich Hegerl von der Stiftung Deutsche Depressionshilfe warnt: "Es müssen auch Leid und Tod systematisch erfasst werden, die durch die Maßnahmen verursacht werden." ...

<https://kurz.rt.com/2gnc>

#### de.rt.com: **EU beschließt Fonds zur Finanzierung von Militäreinsätzen in Drittländern**

Der Rat der Europäischen Union erklärt: Bisher konnte die EU beispielsweise in Afrika "nur unter afrikanischer Führung" militärisch aktiv werden. Nun sei dieser "Mangel behoben". Mit der Europäischen Friedensfazilität werde der "geografische Interventionsbereich der EU erweitert". ...

<https://kurz.rt.com/2go0>

#### Paul Linke: **„Defender Europe 2021“: Wie Nato mit Ukraine und Georgien den Krieg „gegen niemanden“ übt**

Seit März übt die US-Armee mit der Großübung „Defender Europe 2021“ den Krieg. Etwa 31.000 Personen sollen sich daran trotz Pandemie beteiligen. Diesmal geht es strategisch um den Westbalkan- und den Schwarzmeerraum. Auch Drittstaaten wie Georgien, die Ukraine

und Moldawien sind diesmal vertreten. ...

<https://snanews.de/20210325/defender-europe-2021-1433823.html>

**Paul Linke: Verteidigungsetat soll 2022 um fünf Prozent steigen und ab 2023 wieder fallen**

Der deutsche Verteidigungshaushalt soll im kommenden Jahr laut Bundesfinanzministerium (BMF) auf 49,29 Milliarden steigen. Danach soll dieser allerdings wieder sinken. Das Verteidigungsministerium bemängelt dies. Ein Abrüstungsexperte sieht dahinter eine Strategie. ...

<https://snanews.de/20210325/verteidigungsetat-2022-2023-1441709.html>

**Paul Linke: „Wenn ein Pfeiler der Demokratie erodiert“: Prekäre Arbeitsverhältnisse im Journalismus – Studie**

Die Arbeitsbedingungen im deutschen Journalismus werden zunehmend prekär. Nur die Hälfte von mehr als 1000 befragten deutschen Journalisten verfüge über ein Einkommen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt sicher finanzieren können. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Universität München. ...

<https://snanews.de/20210325/arbeitsverhaeltnisse-im-journalismus-1444025.html>

**Valentin Raskatov: Adieu, Spritze: Die Impfung zum Schlucken steht in den Startlöchern**

Ein US-israelische Firma will mit einem indischen Pharmaunternehmen eine Schluckimpfung an Menschen erproben. Der Ansatz verspricht eine höhere Immunisierung als aktuelle Impfstoffe. Der erste Impfstoff dieser Art ist es aber nicht – drei befinden sich in Phase 1, ein chinesisches Nasenspray gegen Covid und Grippe sogar in Phase 2. ...

<https://snanews.de/20210325/impfung-in-den-startloechern-1448469.html>

**abends/nachts:**

**de.rt.com: Frankreich: Medizinstudent stirbt nach AstraZeneca-Impfung an inneren Blutungen**

Die Berichte über Todesfälle und Thrombosen nach der Verabreichung des Vakzins des Pharmakonzerns AstraZeneca reißen nicht ab. Nun verstarb in Frankreich ein junger Medizinstudent an inneren Blutungen, verursacht durch eine Thrombose. Ein Zusammenhang zur Impfung soll aber nicht bestehen.

Er hat sich bester Gesundheit erfreut, nun ist er tot. Anthony Rio aus dem französischen Ort La Turballe (Loire-Atlantique) war 24 Jahre alt und absolvierte im Rahmen seines fast vollendeten Medizinstudiums gerade ein Praktikum in einem Krankenhaus in Nantes.

Der junge Mann starb zehn Tage nach einer Corona-Impfung mit dem Präparat des britisch-schwedischen Herstellers AstraZeneca. Zuvor hatten Familie und Freunde tagelang nichts von Rio gehört und die Behörden eingeschaltet.

Feuerwehrleute brachen schließlich die Tür zu seiner Wohnung in Nantes auf und konnten am 18. März nur noch seinen Leichnam bergen. In der Wohnung fanden Polizeibeamte ein Dokument, das besagte, dass der Student zehn Tage zuvor mit dem Vakzin vom Pharmakonzern AstraZeneca geimpft worden war.

Laut Angaben seines Bruders habe der Medizinstudent über Magenprobleme berichtet.

"Er hatte Bauchschmerzen, beschwerte sich aber nicht, das war nicht seine Art. Er hatte beschlossen, am Donnerstagnachmittag seinen Arzt aufzusuchen. Dazu kam es nicht mehr. Er wurde am frühen Mittwochabend gefunden."

Wie französische Medien berichten, beschrieb seine Familie Antony Rio als "brillanten,

sensiblen und sportlichen" Menschen, der sich "bester Gesundheit" ohne jegliche Vorerkrankungen erfreut habe.

Jetzt hat sich die französische Behörde für Arzneimittelsicherheit (Agence nationale de la sécurité du médicament et des produits de santé, ANSM) des Falles angenommen. Noch während der Untersuchung und Autopsie äußerte sich die Behörde:

"Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen dem Todesfall und der Impfung."

Erste Untersuchungen ergaben als Todesursache innere Blutungen, die durch eine Thrombose verursacht wurden. Der Student habe 1,7 Liter Blut im Bauchraum gehabt und sei sehr wahrscheinlich im Schlaf gestorben. Weitere Analysen sind im Gange.

Auch Frankreich hatte die Verwendung nach Berichten über Thrombosen als Folge einer Impfung mit dem AstraZeneca-Vakzin vorübergehend eingestellt. Nachdem die Europäische Arzneimittelbehörde EMA jedoch erklärte, das Präparat sei "sicher und effektiv", wurde dessen Verabreichung in Frankreich – jedoch nur für Menschen über 55 Jahren – wieder aufgenommen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605b497548fbef3bdb1e78ba.jpg>

de.rt.com: **Sergei Lawrow: Deutschland bleibt wirtschaftlich Russlands Schlüsselpartner**

Trotz der Krise in den Beziehungen zwischen Berlin und Moskau setzt der russische Außenminister Sergei Lawrow weiter auf eine Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft. Im Jahr 2020 hat Deutschland den zweiten Platz bei Russlands Außenhandelsumsätzen belegt. Auf der Jahreshauptversammlung der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK) hat der russische Außenminister Sergei Lawrow in seinem Grußwort erklärt, Deutschland zähle weiterhin zu den wirtschaftlichen Schlüsselpartnern Russlands, trotz der schwierigen Lage in Europa. Die Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft gehöre zu den beständigsten und pragmatischsten Elementen der bilateralen Agenda.

Lawrow zufolge haben derzeit deutsche Firmen in Russland insgesamt 20 Milliarden Dollar investiert. Deutschland und Russland kooperieren unter anderem bei Herstellung von Fahrzeugen, in der Landtechnik, in Bahntechnik, in der Elektrotechnik und anderen wissenschafts- und forschungsintensiven Bereichen.

Die Zusammenarbeit im Energiebereich hob der russische Chefdiplomat besonders hervor. Sie trage zur Energiesicherheit nicht nur in Deutschland, sondern auch auf dem gesamten europäischen Kontinent bei.

Außerdem lobte der russische Außenminister die deutschen Unternehmen dafür, trotz der politisch schwierigen Zeit hinsichtlich der deutsch-russischen Beziehungen weiter kooperieren zu wollen.

"Wir schätzen die Bereitschaft der deutschen Wirtschaft zu gemeinsamer Arbeit, den Pragmatismus und die konstruktive Einstellung."

In Russland sind laut der AHK aktuell fast 4.000 deutsche Firmen tätig. Dem russischen Wirtschaftsminister Maxim Reschetnikow zufolge belegte Deutschland im vergangenen Jahr weiter den zweiten Platz in Russlands Außenhandelsumsatz.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605b5210b480cc06f74d07cb.jpg>

#### snanews.de: „Versuche haben zu nichts geführt“: Argentinien verlässt Allianz gegen Maduro

Die internationale Allianz gegen die Regierung von Präsident Nicolás Maduro im venezolanischen Machtkampf bröckelt. Argentinien zieht sich mit sofortiger Wirkung aus der sogenannten Lima-Gruppe zurück, wie das Außenministerium in Buenos Aires am Mittwoch nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur mitteilte.

Die Gruppe aus Ländern aus Nord-, Mittel- und Südamerika sowie der Karibik bemüht sich seit 2017 um einen Ausweg aus der politischen Krise in Venezuela und unterstützt die Opposition rund um den selbst ernannten Interimspräsidenten Juan Guaidó.

„Die Versuche der Gruppe, die Regierung von Venezuela und ihre Vertreter zu isolieren, haben zu nichts geführt“, heißt es in der Erklärung des argentinischen Außenministeriums.

„Die Aufnahme eines Teils der venezolanischen Opposition als Mitglied der Lima-Gruppe hat zudem zu Positionen geführt, die unsere Regierung nicht mittragen kann.“ ...



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/18/1431692\\_0:0:3072:1728\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_40c5ef52631f09a09582e556159af283.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/18/1431692_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_40c5ef52631f09a09582e556159af283.jpg)

## de.rt.com: **Vor 22 Jahren begann der NATO-Angriff auf Jugoslawien mit deutscher Unterstützung**

Vor 22 Jahren trieb die NATO mit Unterstützung der rot-grünen Bundesregierung Deutschland in den Kosovokrieg. Offiziell "zum Schutz der Kosovo-Albaner". Mit dabei: die Bundeswehr. Nach wie vor gilt der Angriff als Verstoß gegen das Völkerrecht, da kein UNO-Mandat vorlag.

Am 24. März 1999 begannen 19 NATO-Mitgliedsstaaten mit über 200 Flugzeugen, militärische und zivile Einrichtungen in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien zu bombardieren. Im Vorfeld scheiterten Friedensverhandlungen zwischen der jugoslawischen Führung, Vertretern der Kosovo-Albaner, westlichen und russischen Unterhändlern. Die NATO-Vertreter wollten Belgrad zwingen, den Militäreinsatz in der abtrünnigen Provinz Kosovo zu beenden und NATO-Truppen ins Land zu lassen. Die geforderten Zugeständnisse, wie eine freie Bewegung dieser Soldaten in Jugoslawien, sah die Führung in Belgrad als unzumutbar an.

Hintergrund der Verhandlungen war der blutige Konflikt zwischen jugoslawischer Armee und Untergrundkämpfern der kosovarischen "Freiheitsbewegung" UÇK. Um ein vermeintlich "zweites Srebrenica" zu verhindern, entschieden sich die NATO-Verantwortlichen zum Militäreinsatz.

Dabei leistete auch die Luftwaffe der Bundeswehr mit über 500 Einsätzen "Zuarbeit". Der Bundestagsabgeordnete Jan Korte (Die Linke) äußerte sich vor zwei Jahren zu dieser "Zäsur in der deutschen Außenpolitik" im Neuen Deutschland dazu:

"Was alle Rechtsaußen und Geschichtsrevisionisten zusammen jahrzehntelang nicht durchsetzen konnten, räumten Grüne und SPD 1999 in einer Woche ab. Aus dem grünen Regierungserbe der 'ganz, ganz großen Ausnahme', Joschka Fischer, ist längst eine interventionistische Normalität geworden."

Der ehemalige serbische Außenminister und heutige Parlamentspräsident Ivica Dačić sagte am Mittwoch anlässlich des Jahrestages des Beginns der Bombardierung Jugoslawiens, dass das Land 1999 seine "territoriale Integrität" verteidigt habe und resümierte:

"Die Bombardierung darf man nicht vergessen, denn nur so erweisen wir unseren Opfern Respekt."

Die Kosovo-Albaner hätten damals mithilfe einer Inszenierung einer humanitären Katastrophe versucht, ihre politischen Ziele zu erreichen und hätten dies auch geschafft, so der Parlamentspräsident. Dačić betonte, dass Serbien damals die Bedingungen in den Verhandlungen mit den Kosovo-Albanern, die durch Vermittlung der internationalen Gemeinschaft stattgefunden haben, nicht annehmen konnte.

"Jene würde auch heute keiner annehmen", ergänzte Dačić. Diese sahen vor, dass das Kosovo ein Referendum nach zwei Jahren abhalten könne.

Die UN-Resolution 1244, mit der die Bombardierung beendet wurde, habe laut Dačić angenommen werden "müssen", doch keine der relevanten Dinge aus der Resolution sei letztlich umgesetzt worden.

Die NATO bombardierte die jugoslawischen Teilrepubliken Serbien, Montenegro sowie Kosovo drei Monate und tötete dabei laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch etwa 500, laut jugoslawischer Regierung bis zu 5.000 Zivilisten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605b841cb480cc7c9012c746.jpg>

snanews.de: **Borrell: EU und USA werden ihr Vorgehen gegen Russland abstimmen**

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union haben nach Worten des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell beschlossen, ihre Schritte in den Beziehungen zu Moskau abzustimmen.

„Wir gehen davon aus, dass Moskau auf Konfrontationskurs ist. In diesem Zusammenhang haben wir beschlossen, gemeinsam vorzugehen, um (diese Politik) abzufedern“, sagte Borrell am Mittwoch in Brüssel am zweiten Tag einer Sitzung der Außenminister der Nato-Länder. Zuvor hatte Borrell Russland als einen „gefährlichen Nachbarn“ eingestuft, der abgeschreckt werden sollte. Seinerseits erklärte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass „Moskau politisches Andersdenken unterdrückt, Repressionen im Land verstärkt und benachbarte Staaten durch seine aggressiven Handlungen destabilisiert“.

Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, empfahl Stoltenberg, sich Problemen innerhalb der Allianz anzunehmen und Russland dann über die dabei gesammelten Erfahrungen zu informieren.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/18/1432969\\_0:0:3071:1728\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_2af7b5e58342623be62a7955b2b8cf15.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/18/1432969_0:0:3071:1728_1440x0_80_0_0_2af7b5e58342623be62a7955b2b8cf15.jpg)

**vormittags:**

de.rt.com: **Handelsumsatz zwischen Russland und der EU sank in 2020 um über 20**

## Prozent

Einst war Russland einer der größten Handelspartner der EU. Heute sinkt der Handelsumsatz immer weiter. Im Vergleich zum Jahr 2019 ging er im letzten Jahr um 21 Prozent zurück. Einer der wichtigsten Gründe für den Rückgang sind die Sanktionen.

Das Handelsvolumen zwischen Russland und der Europäischen Union ist nach Angaben des stellvertretenden russischen Außenministers Alexander Gruschko im vergangenen Jahr um 21 Prozent auf 219 Milliarden US-Dollar gesunken.

Der Minister sagte während eines Runden Tisches mit dem Titel "Russland-Europa: Realitäten und Perspektiven" in der Staatsduma, dass der "Handelsumsatz Russlands mit der Europäischen Union im Jahr 2020, wenn man Großbritannien mitzählt, um 21 Prozent im Vergleich zu 2019 gesunken ist". Er fügte hinzu:

"Ich erinnere mich daran, dass diese Zahl zu den besten Zeiten im Jahr 2013 417 Milliarden US-Dollar betrug und Russland, was das Gewicht im Außenhandel der EU angeht, in der obersten Liga spielte."

Die Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union haben sich seit der Einführung antirussischer Sanktionen durch Brüssel im Jahr 2014 wegen der Ereignisse in der Ukraine verschlechtert. Moskau reagierte mit Gegensanktionen, verbot eine Reihe europäischer Produkte und startete ein Importsubstitutionsprogramm.

Politiker verschiedener EU-Länder haben wiederholt die Aufhebung der Strafmaßnahmen gefordert, da sie zu einer großen Hürde für Unternehmen und das Wirtschaftswachstum geworden sind.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605af49a48fbef3bde3dcb07.JPG>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 24. März 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

16:45 Uhr Luganskoje – **Nishneje Losowoje**: Antipanzergranatwerfer (3 Schüsse), automatische Granatwerfer (6 Schüsse);

18:30 Uhr Swetlodarsk – **Losowoje**: Mörser 82mm (4 Mörsergeschosse), automatische Granatwerfer (10 Schüsse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Flugzeug mit gefälschtem „Sputnik V“-Impfstoff in Mexiko: Crewmitglieder flüchtig**

Die Bürger von Honduras, die vergangene Woche in Mexiko beim Transport von gefälschtem

Corona-Impfstoff „Sputnik V“ an Bord eines Privatflugzeugs festgenommen wurden, sind aus dem Hotel, wo sie in Gewahrsam waren, geflüchtet. Das gab die mexikanische Staatsanwaltschaft bekannt.

„Die Mitarbeiter des mexikanischen Zolls haben den Kühlschrank mit den Ampullen und das Flugzeug der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt, woraufhin eine Ermittlung eingeleitet wurde. Man hat den Migrationsdienst gebeten, dem Piloten und den Passagieren, die sich im Hotel aufhielten, Immigrationsanmeldungen zu übergeben, aber diese haben sich der Kontrolle entzogen“, verlautet es aus der Facebook-Mitteilung der Behörde.

Vergangene Woche hatten die mexikanischen Behörden am Flughafen des südlichen Bundesstaates Campeche ein Privatflugzeug Cessna festgesetzt, an dessen Bord mehr als 1000 Ampullen, die als russischer Corona-Impfstoff „Sputnik V“ markiert waren, sowie sieben Bürger von Honduras entdeckt wurden. Das Flugzeug sollte nach San Pedro Sula in Honduras fliegen.

Der russische Fond für Direktinvestitionen (RDIF) erklärte nach der Analyse von den Bildern der beschlagnahmten Partie, dass es sich um eine Fälschung handle, und bedankte sich bei den mexikanischen Behörden für die Entdeckung.

Mexiko verimpft seit vergangenem Monat „Sputnik V“. Honduras hatte dem Medikament eine Notfallzulassung erteilt und später eine Einigung über den Kauf von vier Millionen Dosen verkündet.

Anfang Februar hatte das medizinische Fachjournal „The Lancet“ die Ergebnisse der Phase III der klinischen Studien von „Sputnik V“ veröffentlicht, die seine hohe Wirksamkeit und Sicherheit bestätigen. Während der Phase III der klinischen Studien zeigte „Sputnik V“ eine hohe Wirksamkeit, Immunogenität und Sicherheit - die Wirksamkeit des Impfstoffs liegt bei 91,6 Prozent. Das Serum bietet einen vollständigen Schutz vor schweren Fällen der Coronavirus-Infektion.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/04/1141501\\_0:115:3230:1932\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_2dad2f6a87c87317012647444042dc8c.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/04/1141501_0:115:3230:1932_1440x0_80_0_0_2dad2f6a87c87317012647444042dc8c.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 24. März 3:00 Uhr bis 25. März 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Antipanzergranatwerfer – einmal (3 Granaten); Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: Mörser 120mm – einmal (4 Mörsergeschosse); automatische



Granatwerfer – einmal (3 Granaten); Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Spartak, Nowaja Tawrija, Petrowskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 10.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Wirksamkeit von AstraZeneca-Impfstoff auf 76 Prozent gesenkt**

Eine aktualisierte Überprüfung des COVID-19-Impfstoffs von AstraZeneca hat ergeben, dass die Impfung zu 76 Prozent gegen die Krankheit wirksam ist. Damit wurde die Wirksamkeit von 79 Prozent herabgestuft.

Das britische Pharmaunternehmen AstraZeneca veröffentlichte am Donnerstag die Ergebnisse seiner US-Studie mit 32.000 Personen und teilte mit, dass sein Impfstoff insgesamt 76 Prozent wirksam ist und zu 100 Prozent wirksam bei der Abwehr von "kritischen Erkrankungen und Krankenhausaufenthalten" durch COVID-19. Bei Erwachsenen über 65 Jahren schätzt das Unternehmen die Wirksamkeit auf 85 Prozent.

Die neuen Ergebnisse wurden publik, nachdem US-Gesundheitsbehörden AstraZeneca öffentlich dafür gerügt haben, dass Anfang der Woche gemeldete Studienergebnisse auf "veralteten Informationen" beruhen und das Unternehmen möglicherweise eine "unvollständige Sicht auf die Wirksamkeitsdaten" präsentiert hat. Das US National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) forderte AstraZeneca auf, mit den Aufsichtsbehörden zusammenzuarbeiten, um die Ergebnisse zu überprüfen und "sicherzustellen, dass die genauesten aktuellsten Wirksamkeitsdaten so schnell wie möglich veröffentlicht werden".

Während die am Donnerstag veröffentlichte Überprüfung ergab, dass "der Impfstoff gut verträglich ist und keine Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit dem Impfstoff identifiziert wurden", folgte eine Flut von Berichten über unerwünschte Reaktionen bei Empfängern der Vakzine. Vermehrt war es unter anderem zu Blutgerinnseln gekommen. Mindestens 17 Länder setzten aufgrund dieser Berichte die Einführung des Impfstoffs von AstraZeneca aus. Mehrere Länder nahmen die Einführung jedoch wieder auf, nachdem die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) erklärt hatte, dass der Impfstoff "sicher und effektiv" sei und nicht mit den Blutgerinnseln zusammenhänge, die in einigen Fällen tödlich verliefen.

Ein Forscherteam der Universitätsklinik Greifswald behauptete vergangene Woche jedoch, einen Zusammenhang zwischen dem Impfstoff und Blutgerinnseln, die auch als Venenthrombosen bekannt sind, gefunden zu haben. Die Forscher sagten, dass eine Immunreaktion auf die Impfung zur Bildung von Antikörpern führen könnte. Diese würden normalerweise stimuliert, wenn ein Organismus eine Wunde durch Blutgerinnung heilen muss, wodurch möglicherweise Blutgerinnsel entstehen könnten, insbesondere im Gehirn. Etwa zur gleichen Zeit erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass noch nicht bekannt sei, ob der Impfstoff von AstraZeneca "sehr seltene und einzigartige thromboembolische Ereignisse" verursachen könne. Man stellte fest, dass ein klarer "kausaler Zusammenhang" noch nicht nachgewiesen sei. Die WHO kam dennoch zu dem Schluss, dass der Impfstoff ein positives Nutzen-Risiko-Profil aufweise.

Da der Impfstoff von AstraZeneca in den USA noch auf eine Notfallzulassung wartet, könnten die neuen, etwas weniger vielversprechenden Daten, die am Donnerstag veröffentlicht wurden, einen Rückschlag für das Unternehmen bedeuten. Vor allem angesichts wochenlangem negativer Presseberichte in Europa.

Zu einer weiteren Kontroverse kam es diese Woche in der EU, nachdem Frankreich

AstraZeneca vorgeworfen hatte, seine Lieferverpflichtungen für den Impfstoff nicht einzuhalten. Der französische Regierungssprecher Gabriel Attal bezeichnete die Situation als völlig inakzeptabel. AstraZeneca entgegnete, man werde alle Verpflichtungen erfüllen und dass die Vereinbarung mit der EU lediglich erfordert, die "besten angemessenen Anstrengungen" zu unternehmen, um die Immunisierung zu verbreiten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605c433648fbef20df026db1.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 25. März um 9:00 Uhr 3555 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2963 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 313 Todesfälle.

#### de.rt.com: Nordkorea feuert zwei Kurzstreckenraketen ab – Besorgnis in Südkorea und Japan

Nordkorea setzt offenbar seine Raketentests trotz des Verbots durch UN-Resolutionen fort. Am Donnerstag hat Pjöngjang zwei ballistische Raketen gestartet. Südkorea und Japan äußerten Besorgnis. Die Tests gelten auch als eine Herausforderung für den neuen US-Präsidenten.

Nach Angaben des Generalstabs der südkoreanischen Streitkräfte hat Nordkorea am Donnerstagmorgen zwei Kurzstreckenraketen im Abstand von knapp 20 Minuten gestartet. Die Tests seien im Kreis Hamju im Osten Nordkoreas erfolgt. Die Raketen seien 450 Kilometer weit in Richtung offenes Meer geflogen und hätten eine Höhe von 60 Kilometern erreicht, hieß es.

Das Ständige Komitee des Nationalen Sicherheitsrats in Südkorea äußerte nach einer Dringlichkeitssitzung eine tiefe Besorgnis über den jüngsten Raketentest des Nachbarlandes. Japans Ministerpräsident Yoshihide Suga kündigte in Tokio einen ernsten Protest gegen das Verhalten Nordkoreas an.

"Der Start bedroht den Frieden und die Stabilität unseres Landes und der Region, das war ein klarer Verstoß gegen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats."

Nordkorea hatte Südkorea zufolge am vergangenen Sonntag zwei Marschflugkörper von kurzer Reichweite an der Westküste abgefeuert. Auch die USA bestätigten den Test, US-Präsident Joe Biden relativierte jedoch dessen Bedeutung.

Tests von Lenkflugkörpern unterliegen nicht den Sanktionen gegen Nordkorea. Anders als ballistische Raketen verfügen Marschflugkörper über einen permanenten eigenen Antrieb. Bei einer niedrigen Flughöhe von unter Hundert Metern sind sie vom gegnerischen Radar nur schwer zu orten. UN-Resolutionen verbieten dem Land die Erprobung ballistischer Raketen,

die je nach Bauart auch einen Atomsprenkopf tragen können.

Die jüngsten Raketentests der selbst erklärten Atommacht Nordkorea gelten als eine Herausforderung für die neue US-Administration. Nach Einschätzung von Beobachtern versucht Pjöngjang, den Druck auf die USA zu erhöhen, denen es eine feindselige Politik vorwirft. Die Regierung unter US-Präsident Biden hofft, die Verhandlungen mit Nordkorea über dessen Atomwaffen wieder aufnehmen zu können. Die USA bereiten derzeit eine neue Nordkorea-Politik vor. Nach Angaben von US-Außenminister Antony Blinken liegen verschiedene Optionen auf dem Tisch. Diese schließen diplomatische Anreize mit ein, aber auch Maßnahmen, um mehr Druck auf Pjöngjang auszuüben.

Nordkorea treibt sein Raketenprogramm seit vielen Jahren voran. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung ballistischer Raketen einschließlich Langstreckenraketen, die die USA erreichen könnten. Daneben entwickelt das Land weitere Waffensysteme, darunter auch Lenkwaffen. Die Verhandlungen zwischen Nordkorea und den USA über das nordkoreanische Atomprogramm kommen seit zwei Jahren nicht mehr voran.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605c4e6648fbef20d414331c.JPG>

Mzdnr.ru: Am 24. März wurden in der DVR 499 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 123 positiv, bei 39 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 25. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 28.318 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5305 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 20.808 als gesund entlassen, es gibt 2205 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 60 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 16 Fälle weniger als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 49 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 915 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 464 mit Sauerstoffunterstützung (+16 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 121 Express-Tests 35 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 404 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

**nachmittags:**

snanews.de: **Russische Sojus-Trägerrakete bringt britische Kommunikationssatelliten ins All**

36 Kommunikationssatelliten von OneWeb sind nach Angaben des britischen Unternehmens vom Fregat-Beschleunigungsblock einer russischen Sojus-2.1b-Rakete im Orbit ausgesetzt

worden.

„Die letzte Gruppe aus 36 Satelliten, die beim heutigen Start in den Weltraum gebracht wurden, hat sich losgelöst“, schrieb OneWeb bei Twitter. Die Trägerrakete hatte um 3.47 Uhr MEZ abgehoben und wenige Minuten später den Fregat-Beschleunigungsblock mit den Satelliten in eine suborbitale Bahn gebracht. Der Beschleunigungsblock erreichte mithilfe des Hauptantriebes eine 450 Kilometer hohe Kreisbahn.

Es war der erste Raketenstart vom Raumbahnhof Wostotschny in diesem Jahr, der siebente solche Start in der Geschichte und der fünfte Raketenstart im Jahr 2021 in Russland.

OneWeb-Satelliten wurden bereits im Dezember 2020 von Wostotschny in den Weltraum geschossen. Geplant sind insgesamt 29 Raketenstarts in diesem Jahr.

Wie SNA zuvor von Insiderquellen erfuhr, sind 2021 drei Raketenstarts mit je 36 One-Web-Kommunikationssatelliten von Wostotschny geplant. Der zweite Start ist für den 26. April angesetzt.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/1c/1076380\\_0:160:3073:1888\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_f891dc72ae1d81889e72cc303a8d8010.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/1c/1076380_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_f891dc72ae1d81889e72cc303a8d8010.jpg)

### denis-pushilin.ru: **Interview des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin mit dem Portal ukraina.ru**

*- Denis Wladimirowitsch, die Situation an der Kontaktlinie im Donbass ist alarmierend - die militärischen Spannungen nehmen zu: ständiger Beschuss des Territoriums der DVR, Konzentration von Militärtechnik und Einrichtung von Feldlazaretten. Es ist die Rede davon, dass nach Ostern am 2. Mai eine ukrainische Großoffensive beginnen wird. Ist das leeres Gerede oder ist die Situation sehr ernst?*

*- Wenn eine Pistole an der Wand hängt, wird sie laut den Klassikern auch losgehen. Es wäre äußerst leichtsinnig und unverantwortlich von uns zu hoffen, dass das Zusammenziehen von Kräften und Mittel durch die ukrainischen Seite an die Kontaktlinie nur zur Einschüchterung erfolgt.*

*Und selbst wenn es stimmt, dass die Ukraine eine so teure Inszenierung angegangen ist, könnte es sein, dass sie einfach nicht in der Lage ist, die Situation unter Kontrolle zu halten, besonders wenn jemand von außen dies auf jede mögliche Weise anfacht.*

*Unsere Aufgabe ist es, heute, morgen und in ein oder zwei Monaten bereit zu sein. Deshalb sind unsere Militäreinheiten, wie man sagt, jederzeit gewappnet.*

*Im Moment schießt die ukrainische Armee provokativ und versucht traditionsgemäß, die Schuld auf unsere Volksmiliz zu schieben. Wieder einmal hat diese Konfliktseite ihre liebste Drehorgel gestartet, dass wir „uns selbst beschießen“. Und dieses Fake-Mem wird als Etikett an jeden Beschuss, auch den zynischsten und unmenschlichsten, angehängt.*

Ein solcher Fall ereignete sich erst neulich. Ein Rentner, ein Bewohner von Alexandrowka, wurde im Hof seines Hauses von von einem Scharfschützen durch einen Schuss in den Kopf getötet. Seine Leiche ließen diese Verbrecher - diese ukrainischen Terroristen kann man nicht als Militär bezeichnen - nicht bergen, sie schossen zielgerichtet weiter.

Aber in den ukrainischen Medien haben wir uns auch in diesem Fall „selbst beschossen“. Tausende solcher Fälschungen schaffen für den ukrainischen Durchschnittsbürger ein Reich der schiefen Spiegel.

- *Wenn Kiew wirklich zu einer Offensive bereit ist, warum braucht es das dann? Was sind die Gründe? Wer könnte Selenskij dazu treiben: äußere Kräfte oder innere?*

- Verschiedenen Anzeichen zufolge ist Kiew wirklich zu einer Offensive bereit, obwohl es offensichtlich ist, dass die Entfesselung eines groß angelegten Krieges nicht vorteilhaft für es sein kann. Wir werden den Vormarsch ihrer Truppen schnell umkehren, und ich bin sicher, dass die ukrainischen Politiker sich mit der Frage quälen: Wo bleiben wir stehen, wenn wir stehen bleiben?

In der Zwischenzeit wird Selenskij die Situation so weit wie möglich verschärfen und die Aufmerksamkeit von innenpolitischen Problemen auf den angeblichen Krieg mit Russland lenken. Gleichzeitig bittet er mit Bezug auf die Verschärfung um alle möglichen Dividenden, auch finanzielle, von seinen westlichen „Partnern“.

Die Gefahr ist, dass Kiew sich hinreißen lässt und die Eskalation eine solche Eigendynamik gewinnt, dass Selenskij sie nicht mehr kontrollieren kann. Und dieselben „Partner“ gewinnen in einer solchen Situation noch mehr Macht: Sie können die Situation einfach vorantreiben - und dann wird der Konflikt in die heißeste Phase eskalieren. Dies sollte nicht unterschätzt werden.

- *Was ist los im Minsker Prozess, warum hat die ukrainische Delegation die Verhandlungen beim letzten Treffen sabotiert?*

- Jedes Mal, wenn Kiew zur friedlichen Beilegung des Konflikts ins Konkrete gehen muss, geht die ukrainische Delegation zu einer Provokation über. Zum Beispiel gab es beim letzten Treffen eine Demarche der Unterhändler aus Kiew unter einem seltsamen Vorwand. Sie haben einen der Bürger in unserer Delegation wegen des Paragraphen über Terrorismus angegriffen, dessen die Bewohner der Republiken in der Ukraine allzu oft beschuldigt werden, nur weil diese Leute zum Beispiel in der DVR arbeiten.

Ich unterstreiche: Die ukrainische Seite verbirgt nicht einmal ihre Absichten, jeden möglichen Dialog zu stören. Dies ist ein sehr schlechtes Zeichen. In Kiew spitzt die Situation weiter zu. Die Sabotage des Treffens unter weit hergeholten Vorwänden, die Eskalation an der Kontaktlinie, die Manipulation von Dokumenten beim Minsker und Normannischen Format - das alles sind Glieder einer Kette: der offene Unwille, eine diplomatische Einigung zu erzielen.

Aber wir sind zuversichtlich, dass wir bereit sind, jeden ihrer diplomatischen oder militärischen Angriff abzuwehren, was bedeutet, dass wir bei den verschiedensten Varianten der Ereignisse in der Lage sein werden, die Interessen der Bewohner der Republiken, unseres Donbass zu schützen und zu verteidigen.

### **de.rt.com: USA importieren trotz wachsender politischer Spannungen Rekordmengen russischen Öls**

Trotz harter Worte in Energiefragen kauften die USA im Jahr 2020 einen Rekordanteil an russischem Rohöl. US-Raffinerien entladen Berichten zufolge täglich 538.000 Barrel russisches Rohöl und Ölprodukte und brechen damit einen jahrzehntealten Rekord.

Laut den Daten der US-amerikanischen Energie-Informationsbehörde (EIA) haben die USA so viel russisches Rohöl gekauft wie seit dem Jahr 2011 nicht mehr, als die Importmengen an russischem Öl 624.000 Barrel pro Tag betragen.

Im Jahr 2020 wurde Russland zum drittgrößten Öllieferanten der USA und überholte damit

Saudi-Arabien, den größten Exporteur der Welt, so die Berechnungen von Bloomberg auf Basis von Zoll- und EIA-Daten. Der Anteil Russlands an den US-amerikanischen Ölimporten liegt derzeit bei rekordverdächtigen sieben Prozent.

Unterdessen waren Kanada und Mexiko im vergangenen Jahr die führenden Exporteure von Rohöl in die USA. Kanada lieferte 4,1 Millionen, Mexiko etwa 750.000 Barrel pro Tag. Die durchschnittlichen Öleinfuhren aus Saudi-Arabien betragen Berichten zufolge im Jahr 2020 nur 522.000 Barrel täglich.

Das Wachstum der Ölexporte aus Russland in die USA wurde Berichten zufolge durch den fehlenden Zugang zu venezolanischem Rohöl verursacht, das von den US-Sanktionen betroffen ist. Darüber hinaus wurden die Rohöllieferungen aus den OPEC-Ländern im Zuge des Kartellpakts zur Kürzung der Fördermenge deutlich reduziert.

US-Energiekonzerne, darunter Exxon Mobil, Chevron und Valero Energy, gehörten zu den wichtigsten Käufern von Rohöl und Ölprodukten russischer Produzenten.

Der Anstieg der Öleinkäufe aus Russland durch die USA findet inmitten langjähriger Spannungen zwischen Moskau und Washington statt. Das Weiße Haus kritisiert das von Russland geführte Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 wiederholt und warnt die europäischen Verbündeten davor, sich zu sehr von russischen Energielieferungen abhängig zu machen. Die Regierung unter US-Präsident Joe Biden droht den europäischen Partnern des Projekts weiterhin mit Sanktionen, falls sie ihre Beteiligung nicht aufgeben.

Vergangenes Jahr setzte die Trump-Regierung eine Handelstochter des staatlichen russischen Ölkonzerns Rosneft auf die schwarze Liste, da sie angeblich eine finanzielle Rettungsleine für Venezuela darstellte. Allerdings wurden keine weiteren russischen Unternehmen ins Visier genommen, sodass den US-Unternehmen, die weiterhin Rohöl und raffinierte Produkte aus Russland kaufen wollen, ein rechtliches Schlupfloch bleibt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605c8975b480cc741470b878.JPG>

### snews.de: „**Reaktion auf Strafmaßnahmen**“: **China weist Kritik von Bundestagsabgeordneten zurück**

China hat seine Sanktionen gegen europäische Politiker, Experten und Institutionen gegen die Kritik von mehr als 280 Bundestagsabgeordneten verteidigt.

Die chinesische Botschaft der BRD betonte am Donnerstag in einer Stellungnahme, dass es sich bei den Sanktionen um eine Reaktion auf Strafmaßnahmen handle, mit denen sich die Europäische Union „flagrant in die inneren Angelegenheiten Chinas eingemischt“ habe. Diese Reaktion richte sich gegen Personen und Institutionen, die „seit Langem China-bezogene Desinformationen frönten, kolportierten und sogar böswillig Lügen fabriziert“ hätten. „Sie haben damit der Souveränität und den Interessen Chinas schwerwiegenden Schaden zugefügt“, heißt es in der Stellungnahme.

**„Auch Parlamentarier dürfen von der Befolgung der Gesetze nicht ausgenommen**

**werden“**

Die chinesischen Maßnahmen seien aber nicht gegen Meinungsfreiheit oder Parlamentarismus gerichtet. „China ist der Überzeugung, dass weder Identität noch Freiheitsrechte irgendjemanden dazu berechtigen, andere Länder zu verleumden, zu drangsalieren, unter Druck zu setzen, oder sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen“, heißt es weiter in der Erklärung der Botschaft. „Auch Parlamentarier dürfen von der Befolgung der Gesetze sowie Grundnormen der internationalen Beziehungen nicht ausgenommen werden.“

Am Mittwoch hatten sich gut 280 Bundestagsabgeordnete von Union, SPD, FDP und Grünen hinter die von chinesischen Sanktionen betroffenen Politiker und Wissenschaftler gestellt. „Chinas Sanktionen zielen auf die Meinungsfreiheit frei gewählter Abgeordneter und sind ein weiterer Angriff auf unsere freiheitliche Art zu leben“, heißt es in einer von den Abgeordneten Norbert Röttgen (CDU), Florian Hahn (CSU), Nils Schmid (SPD), Bijan Djir-Sarai (FDP) und Frithjof Schmidt (Grüne) initiierten fraktionsübergreifenden Erklärung. Allen betroffenen Personen und Institutionen „gilt unsere volle Solidarität“.

### **Schlagabtausch: EU und China verhängen gegenseitige Sanktionen**

Die Außenminister der 27 EU-Mitgliedsstaaten hatten am Montag neue Sanktionen gegen elf Einzelpersonen und vier Unternehmen, darunter aus Russland und China, beschlossen, die nach Ansicht der Europäischen Union in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sein sollen. Somit habe die EU zum ersten Mal seit mehr als drei Jahrzehnten wieder Sanktionen gegen China wegen Verletzungen der Menschenrechte verhängt.

In die Schwarze Liste wurden vier chinesische Staatsbürger und eine Organisation „wegen Verfolgung der uigurischen muslimischen Minderheit in Xinjiang“ aufgenommen. Die Regierung in Peking reagierte mit der Verhängung von Sanktionen gegen insgesamt zehn Personen – Parlamentarier, Wissenschaftler und Politiker – sowie vier EU-Einrichtungen, denen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Uigurischen Autonomen Gebiets Xinjiang vorgeworfen wird.

In Deutschland betreffen die chinesischen Sanktionen den Grünen-Europaabgeordneten und China-Experten Reinhard Bütikofer, den CDU-Europaabgeordneten Michael Gahler sowie den Uiguren-Forscher Adrian Zenz und das renommierte Mercator-Institut für China-Studien (Merics).

### **Vorwürfe gegen China**

Ende August 2018 hatten Experten des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung in einem Bericht mitgeteilt, dass sich bis zu einer Million ethnische Uiguren in „Umerziehungslagern“ in der Autonomen Region Xinjiang in China befinden könnten.

Das chinesische Außenministerium ließ als Reaktion darauf verkünden, die Information über die Inhaftierung von Uiguren in „Umerziehungslagern“ entspreche nicht der Wirklichkeit. Nach Ansicht der chinesischen Behörden hat das Problem des Uigurischen Autonomen Gebietes Xinjiang nicht mit Menschenrechten und nicht mit ethnischen oder religiösen Fragen, sondern mit Gewalt, Terrorismus und Separatismus zu tun.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/19/1448037\\_0:237:3072:1965\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_8f9a391f44b456f0f394ba4bf6e055cc.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/19/1448037_0:237:3072:1965_1440x0_80_0_0_8f9a391f44b456f0f394ba4bf6e055cc.jpg)

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 25.03.2021**

In den letzten 24 Stunden, vom 24. auf den 25. März, haben Kämpfer der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands **vier Feuerprovokationen** auf das Territorium der Republik begangen, auch unter Einsatz von schweren Waffen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Schumy aus das Feuer mit Handgranatwerfern und Schusswaffen auf die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka eröffnet.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus **Spartak** mit Schusswaffen beschossen.

Kämpfer des 2. Bataillons der 53. Brigade unter Kommandos des Brigadekommandeurs Titenko haben mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen von den Positionen in der Nähe von Bogdanowka aus **Petrowskoje** beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Nowoaja Tawrija** mit 120mm-Mörsern beschossen und 10 Mörsergeschosse abgefeuert.

Beim Beschuss des Ortschaften durch die Strafruppen wurde ein **Versuch unternommen, eine Drohne einzusetzen, um das Mörserfeuer zu leiten**, um so maximalen Schaden anzurichten. Dank der koordinierten Handlungen von Soldaten der Volksmiliz wurde die **feindliche Drohne rechtzeitig entdeckt und abgeschossen**, was es erlaubte, den Tod von Einwohnern und die Zerstörung von ziviler Infrastruktur zu verhindern.

Diese Handlungen von Seiten der ukrainischen Kämpfer demonstrieren ein weiteres Mal die Unfähigkeit der militärisch-politischen Führung der Ukraine, den Kurs einer friedlichen Regelung des Konflikts aufrechtzuerhalten.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen sieben Stück **Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert wurden.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrraketekomplex „Strela-10“, zwei Schützenpanzerwagen und ein gepanzertes



Aufklärungsfahrzeug auf dem Territorium von privaten Häusern in der Asphaltgasse in Nowotroizkoje.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

vier T-64-Panzer auf dem Gebiet eines Industrieobjekte in der Miroshnitschenko-Straße in Konstantinowka.

Es muss angemerkt werden, dass die OSZE-Mission am 15. März ebenfalls die Anwesenheit von vier T-72-Panzern in Konstantinowka feststellte, aber das Kommando der OOS hat bis jetzt keinerlei Erklärungen für deren Stationierung in der Ortschaft angegeben.

Diese Sachverhalte bestätigen auch Einwohner von Konstantinowka, die sich mehrfach beim Kommando der BFU und der Stadtverwaltung beschwert haben und gebeten, die Militärtechnik aus den Wohngebieten abzuziehen, aber von Seiten der Kämpfer wurden bisher keine Aktivitäten unternommen.

**Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter**, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Gebiet von Stepanowka eingesetzt werden.

Wir erinnern die Vertreter der OSZE-Mission daran, dass den Kämpfern für jede abgeschossene Drohne eine Prämie im Umfang von 3000 bis 10.000 Griwna gezahlt wird.

Wir empfehlen den Mitarbeitern der Mission, rechtzeitig Routen für Drohnenflüge auszuwählen, um deren Vernichtung zu verhindern.

Die BFU führen weiter Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** durch und gefährden so das Leben und die Gesundheit der Bürger und behindern das Monitoring und die Bewegung der OSZE-Mission.

Im Norden von Wodjanoje haben Kämpfer der 36. Brigade zusätzlich 23 Antipanzermine TM-62 installiert und so die Zahl auf dem Minenfeld auf 525 Antipanzermine erhöht, die in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern liegen.

Außerdem stellen wir die Installation von 37 von der Konvention von Ottawa verbotenen Antipersonenminen PMN-2 an der Ausfahrt von Wodjanoje fest, die Einwohner fürchten um ihr Leben und haben Angst, die Ortschaft zu verlassen.

Außerdem haben Kämpfer der 58. Brigade 176 Antipanzermine TM-62 quer über eine örtliche Straße am östlichen Rand von Opytnoje installiert. Am nordöstlichen Rand von Peski haben Untergebene des Brigadekommandeurs Kaschtschenko 100 Antipanzermine TM-62 installiert.

**Die Einheiten der BFU erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste in der Zone der Strafoperation.**

So erlitt der Oberfeldwebel Kustikow bei der Ausführung von Aufgaben auf dem Territorium eines Industrieobjekts in Konstantinowka eine Verletzung an der Hand infolge der Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen beim Besteigen eines Panzers.

Neben den nicht kampfbedingten Verlusten haben in der OOS-Zone auch die **Fälle von eigenmächtigem Verlassen der Positionen zugenommen.**

Nach Angaben unserer Quellen wurde bei einer außerplanmäßigen Überprüfung von Einheiten des 1. Bataillons durch den Kommandeur der 72. Brigade Bogomolw das Fehlen von zwei Kämpfern bemerkt. Bei einer vorläufigen Untersuchung wurde festgestellt, dass die Kämpfer die Positionen drei Tage zuvor mit der Waffe verlassen hatten, der Bataillonskommandeur organisierte eine Suche mit eigenen Kräften, bis jetzt ist der Aufenthaltsort der bewaffneten Kämpfer der 72. Brigade nicht ermittelt worden.

de.rt.com: **China verurteilt Menschenrechtslage in den USA**

Die chinesische Regierung hat einen Bericht zur Lage der Menschenrechte in den USA

veröffentlicht. Darin kritisiert sie vor allem den grassierenden Rassismus gegen ethnische Minderheiten, die schwache Reaktion der Regierung auf die Corona-Pandemie und die soziale Ungerechtigkeit.

China hat am Mittwoch einen umfassenden Bericht zur Menschenrechtslage in den Vereinigten Staaten im letzten Jahr veröffentlicht, wie die amtliche chinesische Agentur Xinhua vermeldete. Der vom Informationsbüro des Staatsrates veröffentlichte Bericht hält fest, dass Washingtons inkompetente Pandemie-Eindämmung zu tragischen Ergebnissen geführt habe. Ethnische Minderheiten litten demnach unter rassistischer Diskriminierung. Der Rassismus in den USA sei umfassend, systematisch und kontinuierlich. Der Bericht verwies zudem auf die wachsende Polarisierung zwischen Arm und Reich. Peking bezichtigt die USA auch, durch das Herumtrampeln auf internationalen Regeln humanitäre Katastrophen zu verursachen.

Dem Bericht zufolge haben die USA in der Geschichte systematische ethnische Säuberungen und Massaker an Indianern durchgeführt sowie zahllose Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. US-amerikanische Indianer lebten immer noch wie Bürger zweiter Klasse. Ihre Rechte wurden mit Füßen getreten. Viele indigene Völker, die in einkommensschwachen Gemeinden leben, leiden laut dem Bericht unter höheren Raten von Krebs und Herzkrankheiten und weisen eine ungewöhnlich hohe Rate von Geburtsfehlern auf, da sie in der Nähe von Sondermülldeponien leben.

Das Mobbing gegen asiatische US-Amerikaner sei eskaliert. Einer im Bericht zitierten Umfrage zufolge wurde ein Viertel der jungen asiatischen US-Amerikaner im letzten Jahr Ziel von rassistischem Mobbing.

Peking verwies auf die unkontrollierte Polizeigewalt gegen Afroamerikaner, die zu häufigen Todesfällen führt. Der Bericht zitiert Statistiken, denen zufolge Afroamerikaner 13 Prozent der US-Bevölkerung, aber 28 Prozent der von der Polizei getöteten Menschen ausmachen. Von 2013 bis 2020 seien etwa 98 Prozent der Polizisten, die in Schießereien verwickelt waren, nicht wegen eines Verbrechens angeklagt worden. Die Zahl der Verurteilten sei sogar noch geringer.

Die Infektions- und Sterberate von COVID-19 in den Vereinigten Staaten zeigte laut dem Bericht signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, wobei die Infektions-, Krankenhausaufenthalts- und Sterberate von Afroamerikanern jeweils dreimal, fünfmal und zweimal so hoch seien wie die von Weißen.

Im September vergangenen Jahres sei die Arbeitslosenquote der schwarzen Bevölkerung fast doppelt so hoch gewesen wie die der Weißen. Der Median der weißen Haushalte habe 41 mal mehr Reichtum als der Median schwarzer Familien und 22 mal mehr als der lateinamerikanischer Familien.

Der Bericht machte auf die steigenden Kriminalitätsraten aufmerksam. Im Jahr 2020 habe es landesweit 592 Massenschießereien gegeben. Insgesamt seien 41.500 US-Amerikaner durch Waffengewalt gestorben.

Peking stellte fest, dass der hemmungslose Einsatz von Gewalt durch die Polizei Wellen von Protesten ausgelöst habe, die über das ganze Land schwappten. Die Polizei habe ihre Gewalt missbraucht, um Demonstranten zu unterdrücken, und habe in großem Umfang Journalisten angegriffen und verhaftet. Das habe die öffentliche Wut und die anhaltenden sozialen Unruhen weiter angeheizt.

Die chinesische Regierung kritisierte im Bericht zudem die Reaktion Washingtons auf die Corona-Pandemie. Diese sei chaotisch gewesen und habe zu schrecklichen Folgen geführt. Auf die USA mit ihrer Bevölkerung, die weniger als fünf Prozent der Weltbevölkerung ausmache, entfielen laut dem Bericht mehr als 25 Prozent aller bestätigten Corona-Fälle und fast 20 Prozent der Todesfälle bis Ende Februar. Die damalige Regierung unter Ex-Präsident Donald Trump habe die Warnungen von Experten ignoriert, die Schwere der Pandemie heruntergespielt und irreführende Signale an die Öffentlichkeit gegeben.

Zudem wies der Bericht darauf hin, dass die Vereinigten Staaten zu langsam bei der Abriegelung von Städten und der Einschränkung sozialer Kontakte gewesen sei, bei der Wiederöffnung der Wirtschaft dagegen aufgrund politischer Bedenken zu voreilig. Die außer Kontrolle geratene Pandemie habe die Amerikaner unter psychischen Druck gesetzt, so dass die Menschen gestresst und isoliert seien.

Der Bericht kritisierte zudem die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in den Vereinigten Staaten. Die Corona-Pandemie habe die Vereinigten Staaten in den schlimmsten wirtschaftlichen Abschwung seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt und die Vermögensungleichheit des Landes verschärft.

"Die reichsten 1 Prozent der Amerikaner haben ein kombiniertes Nettovermögen, das 16,4 Mal so hoch ist wie das der ärmsten 50 Prozent."

Der Bericht wies auf die Massenarbeitslosigkeit und die Nahrungsmittelkrise hin, die aus der außer Kontrolle geratenen Epidemie in den USA resultiere.

Mehr als 50 Millionen Menschen – jeder sechste Amerikaner, darunter jedes vierte Kind – standen laut dem Bericht im Jahr 2020 unter der Gefahr von Ernährungsunsicherheit.

Der Bericht stellte auch fest, dass die Zahl der Amerikaner, die eine Krankenversicherung genießen, aufgrund der Epidemie stark geschrumpft sei. Die digitale Kluft habe die Bildungsungleichheit weiter verschärft.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605b42f248fbef3be83c227c.jpg>

### de.rt.com: **Dritter russischer Impfstoff CoviVac wird ab heute für die breite Anwendung produziert**

Das Moskauer Tschumakow-Forschungszentrum für immunbiologische Präparate der Russischen Akademie der Wissenschaften hat mit der Produktion des dritten russischen Corona-Impfstoffs CoviVac begonnen. In den kommenden Tagen wird der Impfstoff in die russischen Regionen ausgeliefert.

Am 25. März hat Waleri Falkow, der russische Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung, den offiziellen Start der Produktion des dritten russischen Impfstoffs CoviVac bekanntgegeben. Damit beginnen die Entwickler des Vakzins am Tschumakow-Forschungszentrum mit der Herstellung des Impfstoffes gegen das Coronavirus in der Breite. Dies berichtete der Pressedienst des russischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft am Donnerstag. Falkow betonte, wie wertvoll es im Jahr der Wissenschaft und Technologie ist, die Produktion des CoviVac-Impfstoffs zu starten, um das Potenzial und die Stärke der russischen Wissenschaft zu demonstrieren:

"Man soll aber dabei im Kopf behalten, dass hinter der Entwicklung des Impfstoffes die Arbeit von Hunderten von Mitarbeitern des Zentrums, Dutzende von schlaflosen Nächten, Hunderte von Versuchen und Studien stehen."

In den kommenden Tagen wird der Impfstoff in die Regionen Russlands ausgeliefert. Zuvor war bereits berichtet worden, dass CoviVac, das in Form einer Suspension für die intramuskuläre Injektion hergestellt wird, am 28. März in den öffentlichen Verkehr gebracht wird. Das Forschungszentrum plant, bis zu zehn Millionen Impfstoffdosen pro Jahr zu produzieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605ca17648fbef20bc2e507d.jpg>

#### Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben der Beobachter der Vertreter der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **zwei Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

**Im Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Schapowalow **Losowoje** und **Nishneje Losowoje** mit 82mm-Mörsern, automatischen und Antipanzergranatwerfern beschossen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 92. Brigade wurde die Stationierung von drei Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines Schulstadions in Popasnaja Solotoje bemerkt. Außerdem wurden in der Zone der Trennung von Kräften und Mitteln auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte zwei Soldaten der 92. Brigade bemerkt. ...

#### snanews.de: **China nimmt nach EU-Sanktionen ausländische Firmen ins Visier – auch Adidas**

Nach der Verhängung von EU-Sanktionen gegen China sind die schwedische Modekette H&M und andere ausländische Mode- und Sportfirmen unter heftige chinesische Kritik geraten.

Auch Sportmarken wie Adidas, Nike und New Balance wurden von einer parteinahen Zeitung beschuldigt, "scharfe Bemerkungen" im Zusammenhang mit der Lage in der chinesischen Region Xinjiang gemacht zu haben. Die Kritik-Kampagne begann am Mittwoch, als mehrere chinesische Staatsmedien H&M anprangerten.

Das schwedische Unternehmen hatte bereits im vergangenen Jahr angekündigt, keine Baumwolle mehr aus der chinesischen Region Xinjiang beziehen zu wollen, nachdem es Berichte gegeben hatte, wonach die muslimische Minderheit der Uiguren dort Zwangsarbeit verrichten müsse.

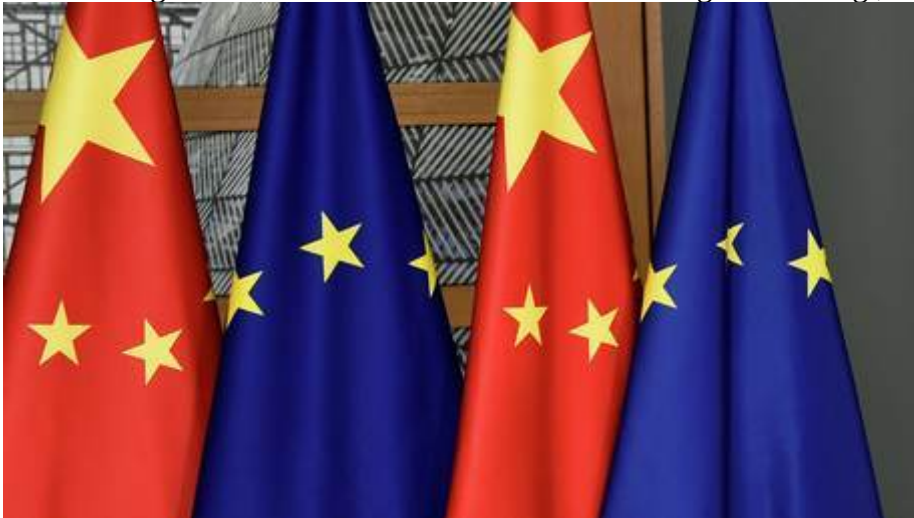
Damals hatte es noch keine scharfe Reaktion Chinas gegeben. Das hat sich nun geändert, nachdem die EU am Montag zum ersten Mal seit mehr als 30 Jahren wieder Sanktionen gegen China verhängt hat. Diese richten sich gegen chinesische Beamte, die für die Verfolgung der

Uiguren verantwortlich gemacht werden. Daraufhin hatte die Regierung in Peking umgehend eigene Sanktionen gegen europäische Politiker, Experten und Institutionen angekündigt. H&M war die erste westliche Firma, die am Mittwoch in die Kritik geriet. Chinesische Verbraucher würden „mit den Füßen abstimmen und widerspenstige Unternehmen boykottieren“, hieß es etwa beim Staatsender CCTV.

Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua drohte, dass eine Zusammenarbeit „bedeutungslos“ sei, wenn es keinen gegenseitigen Respekt gebe. In sozialen Netzwerken kursierten vielfach geteilte Boykottaufrufe gegen das Unternehmen. Auf mehreren großen Online-Einkaufsplattformen waren Produkte von H&M nicht mehr zu finden.

Am Donnerstag beschuldigte die parteinahe Zeitung „Global Times“ unter anderem die Sportartikelhersteller Adidas, Nike und New Balance, „scharfe Bemerkungen“ im Zusammenhang mit Xinjiang gemacht zu haben. Auch die Modefirmen Burberry und Zara wurden negativ erwähnt. Eine Reihe chinesischer Stars kündigte öffentlich die Zusammenarbeit mit westlichen Konzernen auf.

In China geraten immer wieder ausländische Firmen infolge politischer Spannungen ins Visier der Staatsmedien. So musste sich in der Vergangenheit etwa die US-Modekette Gap in China dafür entschuldigen, eine „fehlerhafte“ Landkarte Chinas ohne Taiwan auf einem T-Shirt abgebildet zu haben. Und der deutsche Autobauer Daimler hatte sich 2018 bei China für die Verwendung eines Dalai-Lama-Zitats in einer Werbung entschuldigt, berichtet die DPA.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/12/1338078\\_0:0:2667:1500\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_8429092a4831bbb3d59dc4a925c70b07.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/12/1338078_0:0:2667:1500_1440x0_80_0_0_8429092a4831bbb3d59dc4a925c70b07.jpg)

### de.rt.com: **NATO-Außenministertreffen: Westen sucht noch mehr Konfrontation mit Russland**

Während NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sich beim jüngsten NATO-Treffen für stärkere Konfrontation und sogenannte Abschreckungsmaßnahmen gegen Russland aussprach, planen USA und NATO zugleich eine der größten Militärübungen der letzten Jahre.

Am Mittwoch hielt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine Pressekonferenz auf dem Treffen der NATO-Außenminister. Er sprach sich gegen Russlands "aggressives Verhalten" im Ausland aus.

Der NATO-Generalsekretär nannte unter anderem Cyberangriffe, die umfassenden Aufrüstungsbemühungen sowie Desinformation und Wahlbeeinflussungsversuche als von Russland ausgehende Gefahren. Die Sprecherin des Außenministeriums in Moskau Maria Sacharowa reagierte auf die unbegründeten Vorwürfe und sagte laut der Agentur Interfax, die NATO solle sich erst einmal um ihre eigenen Probleme kümmern, bevor sie Russland kritisiere.

Die Alliierten seien sich einig, so Stoltenberg, dass man die gemeinsame Abschreckung und Verteidigung weiter überprüfen und anpassen sollte.

"Unser zweigleisiger Ansatz kombiniert starke Abschreckung und Verteidigung mit Offenheit für den Dialog. Alle Alliierten bleiben der nuklearen Rüstungskontrolle fest verpflichtet." Zugleich fügte Stoltenberg hinzu, dass die "Alliierten" die jüngste Entscheidung zur Verlängerung des New-START-Vertrags "begrüßen".

Der Generalsekretär sagte am Mittwoch zudem, das nordatlantische Bündnis bedauere, dass seit Sommer 2019 keine Sitzungen des NATO-Russland-Rates stattgefunden hätten, da Russland auf die Einladung nicht positiv reagiert habe. Zu dieser Äußerung nahm Kremlsprecher Dmitri Peskow am Donnerstag gegenüber Journalisten Stellung:

"Moskau ist bereit, ein Russland-NATO-Treffen unter der Bedingung abzuhalten, dass es einen Vorschlag für einen substanziellen und gleichberechtigten Dialog gibt, aber der Westen hat diese Initiative bislang nicht ins Leben gerufen."

Russland sei ein "gefährlicher Nachbar", aber Brüssel müsse Kommunikationskanäle mit Moskau unterhalten, um Probleme von beiderseitigem Interesse zu lösen, sagte dazu der Top-Diplomat der Europäischen Union, Josep Borrell, bei dem NATO-Treffen am Mittwoch. Laut Borrell entfernt sich Moskau von den sogenannten europäischen Werten und werde "immer mehr zu einem autoritären Land".

"Wir haben in diesen Fragen Sanktionen gegen hochrangige russische Beamte verhängt und müssen weiter am Rahmen der fünf Leitprinzipien arbeiten, um die Einheit der Europäer und unserer NATO-Partner zu definieren", so Borrell.

Die Kommentare des EU-Diplomaten kam einen Tag, nachdem der russische Außenminister Sergei Lawrow betont hatte, Moskau habe "keine Beziehungen" zur EU, weil Brüssel freundschaftliche Beziehungen durch seine "einseitigen Entscheidungen" "zerstört" habe. Während Stoltenberg auf stärkere Konfrontation und sogenannten Abschreckungsmaßnahmen gegen Russland bei dem jüngsten NATO-Treffen setzte, planen die USA und die NATO derzeit eine der größten Militärübungen der letzten Jahre, nämlich "Defender Europe 21". 28.000 Soldaten aus 26 Ländern sollen zeitgleich in mehr als 30 Trainingsgebieten Krieg gegen Russland üben.

Der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko (Die Linke) forderte kürzlich die Bundesregierung auf, die Beteiligung an Defender Europe 21 einzustellen. Die Kriegsübungen gegen Russland seien völlig fehl am Platz, mitten in der Pandemie seien sie besonders bizarr. Diesbezüglich kommentierte Hunko neue Äußerungen Stoltenbergs beim Außenministertreffen:

"Es spricht Bände, dass ausgerechnet der Generalsekretär des größten Kriegsverbündnisses der Welt Russland aggressives Verhalten vorwirft, während viele NATO-Mitgliedsstaaten beim Großmanöver 'Defender Europe 21' den Krieg gegen Russland üben. Dasselbe gilt für die heuchlerischen Aussagen Stoltenbergs zur militärischen Aufrüstung und zur Einmischung in anderen Ländern. Wer wie Herr Stoltenberg mit dem Finger auf andere zeigt, sollte nicht vergessen, dass drei Finger auf sich selbst weisen. Diese Überheblichkeit muss endlich beendet werden. Die Zeit für eine neue Entspannungspolitik ist überfällig."

Von diesem Monat an bis Juni dauert das US-geführte Großmanöver, das vor allem in Mittel- und Osteuropa stattfinden wird. Deutschland wird allerdings wieder als Drehscheibe für umfangreiche Truppenbewegungen dienen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.03/article/605c837648fbef1fde13ab20.JPG>

### de.rt.com: **Katastrophale humanitäre Lage an Grenze: Türkei öffnet Grenzübergänge im Nordwesten Syriens**

Moskau hat Ankara auf die katastrophale humanitäre Lage im Nordwesten Syriens hingewiesen und vorgeschlagen, Grenzkontrollpunkte zu öffnen, um Zivilisten die Flucht aus der letzten Hochburg des Landes zu ermöglichen, die sich unter Kontrolle extremistischer Islamisten befindet.

Die Türkei ist dem Vorschlag Russlands gefolgt, zwei Grenzübergänge in der Deeskalationszone Idlib und einen in der Nähe von Aleppo zu öffnen. Ankara traf die Entscheidung, nachdem Moskau auf die zunehmend schwierige humanitäre Lage im Nordwesten Syriens hingewiesen hatte.

Die Kontrollpunkte Saraqib, Miznas und Abu Azeidin werden wieder geöffnet, um "die Isolation und De-facto-Blockade der friedlichen Zivilisten" in diesen Gebieten aufzuheben, so Konteradmiral Alexandr Karpow, stellvertretender Leiter des russischen Zentrums für die Versöhnung der Kriegsparteien in Syrien.

Die Maßnahme werde "helfen, die soziale Situation zu verbessern und die Spannungen in der Gesellschaft abzubauen", die durch die Trennung von Familien und die harten Lebensbedingungen verursacht werden, fügte Karpow hinzu.

Nach einem Jahrzehnt des Konflikts ist Idlib die letzte Hochburg militanter Islamisten in Syrien. Die dortige Deeskalationszone, in der Kämpfe verboten sind, wird von der Türkei beaufsichtigt, die auf die dort verschanzten bewaffneten Gruppen Einfluss hat.

Moskau hatte Ankara bereits zuvor aufgefordert, die Grenzübergänge wieder zu öffnen, um den Transport von Zivilisten und humanitären Gütern zu ermöglichen.

Die Kontrollpunkte in Idlib und Aleppo wurden eingerichtet und im Februar mit Sicherheitskräften ausgestattet. Die Inbetriebnahme wurde jedoch verschoben aufgrund "der Aktivitäten illegaler bewaffneter Gruppen, die einen sicheren Grenzübertritt der Menschen verhinderten", hob Karpow hervor.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605c4db6b480cc650a6daf2e.JPG>

### **abends:**

#### **de.rt.com: Medienbericht: Nawalnys Ehefrau Julia reist wieder nach Deutschland**

Die Ehefrau des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny soll nach Deutschland gereist sein. Dies teilte die Agentur "Interfax" am Donnerstag mit Verweis auf eine informierte Quelle mit.

Julia Nawalnaja soll wieder aus Russland nach Deutschland gereist sein, wie die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtete. Demnach soll die Ehefrau des derzeit inhaftierten russischen Oppositionellen Alexei Nawalny Russland bereits am Vortag verlassen haben. Weitere Details gab die Agentur nicht an.

Dies ist die zweite Reise von Julia Nawalnaja nach Deutschland, seitdem ein Gericht in Moskau eine im Jahr 2014 gegen Alexei Nawalny verhängte Bewährungs- in eine Haftstrafe umgewandelt hat. Am 10. Februar war sie nach Frankfurt am Main gereist. Nach Spiegel-Informationen hatte es sich um einen Privatbesuch gehandelt. Am 22. Februar war Nawalnaja nach Russland zurückgekehrt.

Der russische Oppositionspolitiker Alexei Nawalny war am 17. Januar am Moskauer Flughafen Scheremetjewo bei seiner Rückkehr aus Deutschland festgenommen worden, wo er nach seiner mutmaßlichen Vergiftung im August 2020 medizinisch behandelt wurde. Zu seiner Festnahme erklärte der russische Strafvollzugsdienst, Nawalny habe gegen Bewährungsaufgaben verstoßen.

Am 2. Februar gab das Moskauer Stadtgericht dem Antrag der Strafvollzugsbehörde statt und verurteilte den 44-Jährigen zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren. Mit Rücksicht auf ein knappes Jahr, das er bereits unter Hausarrest verbrachte, muss Nawalny für zwei Jahre und acht Monate in Haft.

Nach dem Inkrafttreten des Urteils befindet sich Alexei Nawalny in einer Haftanstalt in der Region Wladimir, etwa 120 Kilometer östlich von Moskau.





<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605cc86a48fbef20df026e87.JPG>